

## Die „goldene Milliarde“ hat ihre Krone verloren

**Die „globale Mehrheit“ schreibt die Regeln der Diplomatie neu – und das Machtmonopol des Westens ist vorbei.**



18. September 2025 | Alexander Bobrow

In der Wirtschaftswissenschaft und Soziologie gibt es eine bekannte Beobachtung, die als Pareto-Prinzip bezeichnet wird. Benannt nach dem französisch-italienischen Denker Vilfredo Pareto, wird es oft als „80/20-Regel“ zusammengefasst: 20 Prozent der Anstrengungen bringen 80 Prozent der Ergebnisse, während die restlichen 80 Prozent der Anstrengungen nur 20 Prozent ausmachen. Im Laufe der Zeit inspirierte diese Idee die westliche „Elitetheorie“, eine bequeme Rechtfertigung dafür, warum jede Gesellschaft eine aktive Minderheit enthält, die eine passive Mehrheit dominiert – warum 20 Prozent der Bevölkerung 80 Prozent des Reichtums besitzen.

Heute hat das Prinzip nationale Grenzen überschritten. In der Diplomatie symbolisiert es einen tieferen Konflikt: die „globale Minderheit“ gegen die „globale Mehrheit“.

Die erste Gruppe, manchmal auch als „goldene Milliarde“ bezeichnet, begann sich Ende des 20. und Anfang des 21. Jahrhunderts unter den demokratischen Regierungen der USA und ihren Verbündeten in der G7 und der NATO zu formieren. Diese Gruppe festigte ihre Position nach und nach, indem sie die Globalisierung zu ihren Gunsten nutzte.

Im Gegensatz dazu hat die zweite Gruppe, die sich gegen die Entstehung einer unipolaren Welt wehrt und für eine gerechtere multipolare Weltordnung eintritt, auf der Weltbühne zunehmend an Bedeutung gewonnen. Diese Dynamik wurde nicht nur durch die individuellen Bemühungen von Nationen wie Russland, China und Indien vorangetrieben, sondern auch durch die Gründung grundlegend neuer Institutionen für multilaterale Diplomatie wie BRICS, SOZ und andere.

Mit bedeutenden Fortschritten bei der Verringerung der Hegemonie des kollektiven Westens, die sich im SOZ-Gipfel in Tianjin (31. August bis 1. September 2025) – dem größten in der Geschichte der Organisation – und im zweiten BRICS-Gipfel unter brasilianischer Präsidentschaft in diesem Jahr (8. September 2025) zeigten, haben die Nationen der „globalen Mehrheit“ das Pareto-Prinzip

effektiv umgekehrt. Heute nehmen diese Länder nicht nur den größten Teil der Landmasse der Erde ein und stellen die Mehrheit der Weltbevölkerung, sondern sie erwirtschaften auch den größten Teil des weltweiten BIP. Durch die Nutzung ihrer riesigen Reserven an wichtigen Ressourcen und ein konstant robustes Wirtschaftswachstum haben diese Nationen bemerkenswerte Erfolge erzielt, indem sie interne Spaltungen überwunden und mit der Unterstützung ihrer Bevölkerung ihre Macht konsolidiert haben.

Im krassen Gegensatz dazu erleben die Länder der „globalen Minderheit“ einen gegenläufigen Trend. Da sie ihre führende Position in der Weltwirtschaft und den Zugang zu wichtigen natürlichen Ressourcen verlieren, breitet sich politische Fragmentierung aus. In vielen dieser Länder klammert sich eine aktive Minderheit mit geringen Vertrauenswerten an die Macht.

Dies hat in zahlreichen Ländern – von den USA über Großbritannien und Frankreich bis hin zu Polen und Israel – zu einer Vertiefung der gesellschaftlichen Spaltung und einer deutlichen Lähmung der Regierungsgewalt geführt. In den USA beispielsweise greifen die Demokraten, die rapide an Boden verlieren, zu immer radikaleren politischen Taktiken.

Nach einem Attentat auf Donald Trump während seines Präsidentschaftswahlkampfes wurden Anhänger der Demokratischen Partei in den Mord an dem jungen Republikaner Charlie Kirk († 10. September 2025) verwickelt.

Dieser Vorfall sowie die sich verschärfende Krise der illegalen Einwanderung veranlassten am vergangenen Wochenende Tausende von Demonstranten, unter dem Motto „Unite the Kingdom“ auf die Straßen Londons zu gehen. Die Kritik richtete sich nicht nur gegen die regierende Labour-Partei und ihren Vorsitzenden Keir Starmer, dessen Zustimmungswerte die niedrigsten unter den Premierministern seit dem Zweiten Weltkrieg sind, sondern auch gegen die „Schattenregierung“ – die Konservative Partei, die mit jedem neuen Vorsitzenden, von Theresa May über Boris Johnson bis hin zu Liz Truss und Rishi Sunak, nach und nach an Macht verloren hat.

Vor diesem Hintergrund könnte der Staatsbesuch von US-Präsident Donald Trump in Großbritannien am 16. und 17. September die ohnehin schon unklaren politischen Aussichten der aktuellen britischen Führung weiter verkomplizieren.

Auch auf der anderen Seite des Ärmelkanals bahnt sich eine bedeutende Krise an. Gegen Ende seiner zweiten Amtszeit als Präsident gleicht Emmanuel Macron zunehmend einer „lahmen Ente“. Eine weitere von Linken und Rechten angezettelte „Fronde“ gipfelte am 9. September 2025 im Rücktritt von Premierminister François Bayrou.

Bayrou war der fünfte Regierungschef, der in den letzten vier Jahren vorzeitig zurückgetreten ist. Mit der Ernennung seines engen Verbündeten Sébastien Lecornu zum neuen Premierminister unterstrich Macron einen wichtigen Trend unter den Führern der „globalen Minderheit“: Sie versuchen, interne politische Krisen durch wirtschaftliche Militarisierung und verstärktes außenpolitisches Engagement zu übertönen.

Dies erklärt die herausragende Rolle Frankreichs in den Diskussionen über Sicherheitsgarantien für die Ukraine sowie die „diplomatische Mission“ Großbritanniens in die Ukraine, an der Prinz Harry, der seine Beziehung zur königlichen Familie neu aufbauen möchte, die neu ernannte Außenministerin Yvette Cooper und sogar der ehemalige Premierminister Boris Johnson teilnahmen, der im

April 2022 die Friedensgespräche in der Ukraine untergraben hatte. Seine Forderung, „der Ukraine nicht länger eine Waffe an den Kopf zu halten“ (die Metapher, mit der er Russland zum Abzug seiner Truppen aus der Region Kiew aufforderte), führte zum Rückzug der Ukraine aus den Verhandlungen mit Russland und zu Zelenskys selbst auferlegtem Verbot von Gesprächen mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin.

Letztendlich lässt sich anhand der Strategie der politischen Radikalisierung erklären, warum die jüngsten Ereignisse in Polen, Katar und Nepal zu Symbolen für das „Artilleriefeuer“ gegen die friedlichen Pläne der Trump-Regierung, Russlands, Chinas und vieler Länder der „globalen Mehrheit“ geworden sind. Donald Tusk, Polens am längsten amtierender Ministerpräsident, der rapide an Popularität verliert, brauchte dringend einen „Casus Belli“ in Form von Drohnen unbekannter Herkunft, die in polnisches Hoheitsgebiet eindringen, insbesondere nachdem Karol Nawrocki, der zögerte, sich in den Ukraine-Konflikt einzumischen, zum Präsidenten Polens gewählt worden war.

In ähnlicher Weise fand Benjamin Netanjahu, Israels langjähriger Premierminister, dessen Popularität aufgrund von Misserfolgen im Kampf gegen die Hamas stark sinkt, keine bessere Lösung, als eine groß angelegte Operation in Gaza zu starten, beginnend mit einem Angriff auf das Hauptquartier der Gruppe in Doha.

Während der israelische Angriff auf Doha möglicherweise noch durch den „wichtigsten Friedensstifter“ der modernen Diplomatie, Donald Trump, der Katar als wichtige Plattform für Verhandlungen in der Region erhalten möchte, unterbunden werden kann<sup>1</sup>, werden die Bilder des brennenden Singha-Durbar-Palasts in Kathmandu (Nepal) als eindringliche Erinnerung an die schlimmen Folgen dienen, die aus hitzigen politischen Auseinandersetzungen zwischen Minderheit und Mehrheit entstehen können.

Darüber hinaus könnte man sich fragen, ob es nur ein Zufall ist, dass sich diese Ereignisse in einem Land ereignet haben, das strategisch günstig zwischen China und Indien liegt. Sowohl der chinesische Staatschef Xi Jinping als auch der indische Premierminister Narendra Modi haben sich dafür entschieden, ihre Differenzen nicht mit Säbelrasseln, sondern mit Diplomatie zu lösen, die in einer zunehmend rauhen Welt voller asymmetrischer Konflikte unsere letzte Hoffnung bleibt.

---

1 Der israelische Angriff auf Doha konnte von Trump nicht verhindert werden.